

# Der Steinarbeiter

## Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 722.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einpaltige  
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 28. **Sonnabend, den 8. Juli 1916.** 20. Jahrgang.

### Zum Abschluß der Lohnbewegung im Fränkischen Muschelkalksteingebiet.

Die Muschelkalksteinbrände und besonders die unterfränkische und die im angrenzenden bairischen Teile, hat schon seit Jahren für die Bauteilindustrie und die Monumentalbranche, zweifellos eine große Bedeutung. Dieser Umstand veranlaßt die Kollegenschaft beider Berufsgruppen in ganz Deutschland, die Vorgänge, insbesondere auch die Lohnbewegungen, des Gebietes aufmerksam zu verfolgen. Würde der fränkische Kalkstein nicht wesentlich außerhalb seines Gewinnungsgebietes zu Bau- und Denkmalswerkstein verwendet, würde die Gesamtkollegenschaft auch nur ein untergeordnetes Interesse an der Lohngestaltung im bezeichneten Gebiete haben. Nachdem aber der Muschelkalkstein besonders dem Sandstein und, soweit Momente in Frage kommen, auch dem Hartgestein (Granit, Spenit usw.) eine scharfe Konkurrenz macht, hat jede Bewegung für die Allgemeinheit der Kollegenschaft eine besondere Bedeutung. Infolge dieser Verhältnisse sind wir auch genötigt, den Lesern des „Steinarbeiter“ einen kurzen Bericht über die nimmere abgelaufene Bewegung zu geben.

Der Steinmetzlohnstarif, der im Jahre 1913 das erste Mal erneuert wurde, lief am 31. März 1916 ab, falls nicht eine stillschweigende Verlängerung erfolgte. Würden während der Dauer des Weltkrieges die Lebensverhältnisse der Arbeiterchaft sich nicht verschlechtert haben, hätte die Kollegenschaft sicherlich einer Verlängerung des Vertrages zugestimmt. Des lieben Friedens willen hätte man dies für das zweckentprechendste gehalten. Nachdem aber schon zu Anfang des vorigen Jahres die enorme Teuerung einsetzte, war die Kollegenschaft im Gebiete wie im übrigen Reich gezwungen, an die Unternehmer zwecks Teuerungszulage heranzutreten. Nachdem aber diesbezügliche Anträge, die in verschiedenen Arbeitsstätten an die Unternehmerorganisation gestellt waren, mit der Begründung von letzterer abgelehnt wurden, die Industrie sei nicht in der Lage, infolge der Verteuerung der Betriebsstoffe eine weitere Verteuerung der Produktion durch Lohnsteigerungen zu tragen, sahen sich die Steinmetzen zur Klüftung des Tarifes genötigt. Man stellte sehr mäßige Forderungen, da uns zur Genüge der Standpunkt der Unternehmer in der Lohnfrage bekannt war. Der Kollegenschaft kam es vor allem darauf an, die unläslichen, unangenehmen Tarifpositionen abzuändern und einen mäßigen Gehaltsaufschlag auf den Tarif zu erreichen, um die Brecher und Hilfsarbeiter, die noch ganz wild arbeiteten, dem Tarif einzuordnen oder einen besonderen Beitrag zu schaffen.

Die Unternehmer reagierten anfänglich auf diese Forderungen überhaupt nicht, bis sie kurz vor Ablauf des alten Tarifes sich dahin äußerten, ihr Hauptvorhaben verbiete ihnen jegliche Rohrerhöhungen. Währenddem in früheren Jahren, wenigstens zurück bis zum Jahre 1910, immer mit den Arbeitgebern ein Verhandeln in allen stützigen Fragen möglich war, schien dies diesmal ganz ausgeschlossen zu sein. Den Burgfrieden sahen die Unternehmer scheinbar dahin an, daß sie einfach bestimmen und wir uns bedingungslos dem fügen müßten. Die Kollegenschaft nahm in einigen Bezirksversammlungen und in einer Konferenz zur Sachlage Stellung und beschloß: ohne Tarif zu arbeiten und auf einem möglichst hohen Lohn zu bestehen. Dies wollten die Unternehmer jedoch nicht; sie erklärten rund heraus, daß sie ohne Tarif nicht arbeiten ließen. Sie haben sich an den Tarif gewöhnt und wissen, daß mit dem Augenblick, wo das tarifmäßige Arbeiten der Steinmetzen aufgehört hat, auch die größten Differenzen unter den Unternehmern, durch Unterbietungen bei Arbeitsvergebungen, weiter infolge des Fehlens an Arbeitskräften in einigen Betrieben auch Lohnsteigerungen eintreten würden usw. Die Arbeiterchaft dagegen konnte bis zu einem gewissen Grade während der Dauer des Krieges eine tariflose Zeit in Kauf nehmen. Allerdings, es soll nicht verschwiegen sein, daß dies auch seine Gefahr für die Zeit nach dem Kriege haben könnte, wenn die Massen zurückkehren und dann einen Druck auf die Arbeitsverhältnisse ausüben hätten. Es wurde nun versucht, mit den einzelnen Firmen in Verhandlungen zu treten und wurden die Kollegen darum in allen Betrieben vorstellt. Leider gelang es nur bei einer einzigen Firma in Döhlenfeld, die aber außerhalb des Unternehmerverbandes stand, eine Sondervereinbarung nebst Erhöhung zu erzielen und den Tarif zu verlängern. Während der Bewegung selbst müssen aber große Lustmängelkeiten im Unternehmerverband bestanden haben, denn ihr jeweiliger Bezirksvorsitzender legte plötzlich sein Amt nieder. Die Kleinmeister, soweit sie ihren Sitz auf der Mainseite haben, sollen sich in corpore aus dem Verbands ausgetreten sein. Durch die Verhandlungen, die im Gebiete stattfanden, und nachdem sich die Kollegen in einigen Betrieben rühten, diese zu verlassen, wurde doch die Stimmung bei den Unternehmern eine andre, und durch Vermittlung der Gewerbeinspektion für Unterfranken kamen dann endlich Verhandlungen zustande. Zu einer Tarifabänderung konnten sie sich nicht verstehen und waren alle diesbezüglichen Hinweise auf deren Notwendigkeit auschütlos. Man erklärte immer und immer wieder, man wisse nicht, wie die Verhältnisse nach dem Kriege sein würden, ob dann Aufträge vorliegen oder nicht, und dies sei für sie bestimmend. Zu einer Kriegsteuerungszulage erklärten sie sich bereit, die aber auch nur sehr mäßig sein würde und den Teuerungszulagen, die sie nicht abstritten, nicht entsprechen könne. Ihre geringen Zugeständnisse schoben sie dem Umstande zu, daß sie meistens noch Aufträge aus der Zeit vor dem Kriege hätten, Preissteigerungen da ganz ausgeschlossen seien und die Steinindustrie nicht mit der Kriegswirtschaft zu vergleichen sei. Gegenstände liegen sie nicht selten. Ihr Angebot war für uns nicht annehmbar. Neue Versuchsläufe auf Grund der geringen Zugeständnisse der Unternehmer wurden unersetzlich gemacht und ließen wir die ursprünglichen Forderungen, weil doch ansichtslos, fallen. Wir forderten eine für alle Arbeiter gleichmäßige Stundenlohnzulage. Es kam das bekannte Ergebnis zustande, daß rückwirkend ab 1. April 1916 den Steinmetzen 8 Proz., den Brechern und Hilfsarbeitern 5 Proz. und ab 1. Oktober bis 6 Monate nach Kriegsende weitere 2 Proz. Zulage auf den Akkord- wie den Stk.-Lohn gewährt wurde.

Die Nebenfragen wie die Termine der Auszahlung der Zulagen usw. sollen hier nicht näher erörtert werden und sind auch nebenbei Natur. Der Tarif der Steinmetzen selbst wurde bis 31. März 1918 verlängert, falls nicht drei Monate nach Kriegsende die Klüftung erfolgt. Leider konnte eine Einheitlichkeit der Zulagen für alle Arbeiter nicht erreicht werden, trotz aller dahingehenden Bemühungen der Arbeitervertreter. Für die Brecher und die

Hilfsarbeiter wurde das alleräußerste erreicht und glauben wir mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß es schließlich möglich gewesen wäre, nach einer Klüftung für die Steinmetzen herauszuholen, wenn wir für die ersteren nicht so stark an unsern Forderungen festgehalten hätten. Wenn den Steinmetzen jetzt wieder, wie das leider schon so oft von den Brechern und den Hilfsarbeitern zu Unrecht geschah, der Vorwurf der Interessennachlässigkeit gemacht wird, so findet man keine Worte die geeignet sind, dies zurückzuweisen. Das Haupthindernis bei der Sache war, daß die Unternehmer immer und immer wieder betonten, daß ein großer Teil der gegenwärtig in den Betrieben beschäftigten Hilfsarbeiter zu der Steinbrucharbeit nicht recht geeignet sei, und ein ungeheurer Wechsel stattfände. In Friedenszeiten soll dies lange nicht in der Weise der Fall sein wie jetzt, wo die Unternehmer froh sein müßten, überhaupt Leute zu erhalten. Das mit die Schwierigkeiten, die sich uns bei den Verhandlungen boten, nicht ohne weiteres überwinden konnten, ist auch darauf zurückzuführen, daß ein Tarif für das Nebenergonal fehlte. Hätte man sich vor Jahren, als uns die Möglichkeit gegeben war, einen Tarif abzuschließen, allerdings nur mit Festlegung der damaligen Grundlöhne, wie auch bei der Teuerungszulage sicherlich einen Schritt weiter gekommen wären. Die Ratifläge der Organisationsleiter wurden aber damals in den Wind geschlagen.

Die Annahme der Vereinbarung von seiten der Kollegenschaft in den Hauptgebieten erfolgte in vier Bezirksversammlungen. Ganz naturgemäß waren die Kollegen von dem Zugeständnis nicht befriedigt, aber man fand sich damit ab. Bei den Unternehmern bestanden in der Annahme der Vereinbarung Schwierigkeiten. Sie hielten Sitzung auf Sitzung ab und sonderbarerweise waren es gerade die größten Firmen, die sich sträubten. Wenn wir richtig unterrichtet sind — einige Unternehmer behaupten dies — soll die eine Firma auf der Kirchheimer Seite sogar ein großes Interesse an einer Arbeitseinstellung unersetzlich gehabt haben. Diese Firma hat einen größeren Auftrag nach Düsseldorf, der erst ausgeführt wird zu einem äußerst niedrigen Preis, zu schändlichen Bedingungen, natürlich nicht ohne ihre Schuld, übernommen. Durch eine Arbeitseinstellung wollte sie der Bauleitung vorbemonstrieren, daß eine Preissteigerung eintreten müsse. Da unser Verband den einzelnen Firmen ihre Kalkulationen jedoch nicht geben kann, aber man auch nach außen hin nicht als sozial rückständig gelten will, hat dann auch diese Firma, wie man hört, sich dem zustimmenden Beschlusse der Gesamtunternehmer zu der Vereinbarung angeschlossen.

Summarisch betrachtet sind die Erfolge bei der Bewegung zur Festigkeit gering, jedoch die Erhöhungen an sich sind das Produkt des Vorgehens der Kollegen mittels ihrer Organisation. Der Verband hat seine Schuldigkeit getan, soweit ihm dies möglich war. Von den Steinmetzen des Gebietes wird erwartet, daß sie die tarifmäßigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufrechterhalten und alle Differenzen der Organisationsleitung zur Kenntnis bringen, um jeden einzelnen Fall durch den instanzgemäßen Gang erledigen zu können. Die Kollegenschaft hat aber nicht nur die Verpflichtung, dem Verbands auch weiter die Treue zu wahren, sondern insbesondere haben die Brecher und die Hilfsarbeiter in ihrem eigenen Interesse die Pflicht, sich dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands anzuschließen. Dies muß die Lehre aus dieser Bewegung sein.

### Wirtschaftliche Rundschau.

Zusammenschluß des Großhandels. — Getreidehandel und Brotverforgung. — Kriegserfahrungen. — Fortsetzung der Gemeinwirtschaft. — Klagen gegen die Kriegsgesellschaften. — Von der Zentraleinkaufsgesellschaft. — Verärgerte Händler. — Berechtigte Kritik. — Organisation der Einfuhr.

Der Großhandel hat gegen die kriegswirtschaftlichen Gesellschaften motifs gemacht. Einzelne wurde diese Bewegung durch die lebhafteste Kritik der Tätigkeit der einzelnen Organisationen, alsdann folgte die Klüftung von Verbänden und der Zusammenschluß bestehender Vereinigungen in den verschiedenen Zweigen des Großhandels. Niemand wird gegen diese Zusammenschlußbestrebungen etwa einwenden wollen oder können, es ist im Gegenteil auch diese Organisationsbildung nur zu begrüßen; während des Krieges hatte sich genäh manche Marktregelung leichter bewältigen lassen, wenn geschäftsfähige Händlertorporationen vorhanden gewesen wären. Ob aber die Großhandelskreise, die jetzt auf den Plan getreten sind, an ähnliche Ziele denken, mag zunächst dahingestellt bleiben. In der Gründungsversammlung des Verbandes der deutschen Getreidehändlervereine, dem 39 Organisationen des Handels angehören, ist kein Monopolen und monopolistischen Gebilden das Existenzrecht abgesprochen worden, weil nur der freie Handel instand sei, der Volkswirtschaft, der Volkswirtschaft und seinen eigenen Interessen zugleich zu dienen. Gerade der Getreidehandel hat indessen allen Anlaß, sich in der Diskussion der Frage, warum die Auskultung des Getreide- und Mehlhandels eine Lebensnotwendigkeit war, Zurückhaltung aufzuwerfen, denn Vorbeeren kann er dabei wirklich nicht ernten. Auf den Getreide- und Mehlmärkten entwickelte sich nach dem Kriegsausbruch die wüßteste Spekulation, die nur unzureichend durch die leider erst im Oktober 1914 erfolgte Einführung von Getreidehöchstpreisen gebämpft wurde. Es war unterlassen worden, gleichzeitig auch Höchstpreise für Mehl festzusetzen. Diese Sachlage ermöglicht nicht nur maßlose Preistreiberien für Mehl, sondern auch eine Fülle von Verbrechen, die Höchstpreise für Getreide zu umgehen. Die endliche Beschlagnahme der Getreide- und Mehlbestände wurde nebst der Monopolisierung des Handels schließlich unvermeidlich, weil ohne diese Maßnahmen eine Sicherung der Versorgung durch Nationalisierung nicht möglich gewesen wäre. Mit Vorwürfen gegen den Getreidehandel ob dieser Geschehnisse ist nicht getan, die Hauptschuld ist in der langen Unterlassung von Einrichtungen zu erblicken, die wirksamen Schutz gegen spekulative Ausbreitungen bringen konnten und gebracht haben. Nun fürchtet der Getreidehandel, daß die Erfahrungen, die auf dem Gebiet der Getreide- und Mehlversorgung unter der Herrschaft der Reichsgetreidebelle gemacht worden sind, am Ende dazu beitragen könnten, eine Fortleitung dieser außerordentlich erfolgreichen Politik auch für Friedenszeiten in Erwägung zu ziehen. Daß durch unbegrenzte Freigabe der Getreide- und Mehlproduktion keine ideale Lösung der Brotverforgung erzielt wird, bedarf keiner Betonung, wenn sich eine zweckmäßigere Regelung schaffen läßt, und sie ist durch die Praxis der Reichsgetreidebelle

unter den denkbar größten Schwierigkeiten geschaffen worden, so wird natürlich davon nicht abgesehen werden dürfen, weil die Interessen des Getreidegroßhandels sich damit nicht decken.

Für eine Uebergangszeit nach dem Kriege muß selbst nach der Meinung der Berliner Handelskammer die Verbrauchsregelung von Getreide und Mehl beibehalten werden, nur dann läßt sich, wie die Handelskammer in einer Denkschrift über das Ernährungsproblem zutreffend darlegt, die teilweise Einfuhr von Brotgetreide entbehren. Ohne Zweifel werden wir in möglichst starkem Umfange zu dieser Einfuhr-Einschränkung, die sich nach den bisherigen Erfahrungen bei leidlichen Ernten vorzüglich durchzuführen läßt, schreiten müssen, schon in Rücksicht auf unsere Zahlungs- und Wechselverhältnisse, jedoch im Interesse einer geordneten Rohstoffversorgung, die eine gleichmäßige und vorzügliche Verteilung des verfügbaren Schiffsraums zur Voraussetzung hat. Daß der freie Handel, mit der Regelung der Rohstoffverforgung im Kriege nicht vereinbar war, wird von keiner Seite abgelehnt werden können, aber auch in Friedenszeiten soll die Volksernährung nicht wieder dem Zustand der Regellosigkeit und des Zufalls verfallen, wie wir ihn auch vor dem Kriege schon gekannt haben. Das Ziel wird sich nur erreichen lassen, wenn die Rohstoffbeschaffung als öffentlicher Dienst behandelt wird.

Diese Stellungnahme ist nicht von irgendwelcher Feindschaft gegen den Handel diktiert, dessen hohe volkswirtschaftliche Bedeutung auf vielen Gebieten dadurch nicht gemindert wird, daß man ihn ausschließt, wo er nicht hingehört. Angesichts der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse mußte die freie Tätigkeit auch anderer Handelszweige unterbunden werden, und diese Eingriffe werden selbstverständlich von den in Mitleidenschaft gezogenen Firmen peinlich empfunden. Vor allem ist der Zentraleinkaufsgesellschaft das Monopol der Einfuhr einer Reihe wichtiger Nahrungsmittel und Futtermittel übertragen worden, außerdem steht ihr und andern kriegswirtschaftlichen Gesellschaften das Beschlagnahme- und Entignungsrecht noch für eine Reihe von Waren im Inlande zu. Außerdem haben sich nun, wie schon erwähnt, die Angriffe gegen die Geschäftshandhabung dieser Organisationen gemehrt. Reichlich spät kommt diese Kritik, die am notwendigsten in der Gründungszeit der Zentraleinkaufsgesellschaft gewesen wäre, die eines wirklich meistern des Geistes und der planvoll ordnenden Hände entbehrt. Daraus ergaben sich bereits in der Anlage Mängel und Mängel, die fortwirkten. Reizt muß sorgsam unterzucht werden, welchen Zwecken die Kritik dienen soll, ob sie der Ansicht entspringt, durch Reformen das Wirken der Gesellschaft zu verbessern, oder ob sie darauf hinarbeitet, privaten Interessen gegen wohlüberlegte Aufgaben der Kriegswirtschaft Spielraum und Nutzen zu verschaffen. Klagen verärrter Händler werden sich zumeist gegen den besten Teil kriegswirtschaftlicher Arbeit insbesondere wird der Zentraleinkaufsgesellschaft zum Vorwurf gemacht, daß sie eben auf Grund ihres Einfuhrmonopols die freie Tätigkeit des Einfuhrhandels ausgemerzt habe. Dieses Vorzeichen, wird weiter gesagt, sei um so bedauerlicher, als der freie Handel vielfach unter preiswerteren Bedingungen zu importieren in der Lage wäre.

So Organisationen der Zentraleinkaufsgesellschaft den Vertrieb durch Vermehrung von Zwischenhandelsorganen komplizieren, für die kein zwingender Grund vorliegt, soll ungenügend eine Vereinfachung herbeigeführt werden. Doch es darf nie übersehen werden, daß vor der Errichtung der Einfuhrmonopole die Schwierigkeiten des freien Einfuhrhandels sich schrankenlos entfalten konnten. Die Wirkung war eine Verteuerung der Einfuhrpreise in einem gefährlichen Maße. Je größer die Konkurrenz der Ankäufer in neutralen Ländern wurde, um so rascher schenkte die Preise empot. Ein Käufer überbot den andern; es war schon üblich geworden, daß 6 und 10 oder gar 12 Ankäufer denselben Posten Ware für die Einfuhr nach Deutschland anstellten. Daß diesem Treiben ein Ende gemacht wurde, hatte sich schon viel früher als unumgänglich herausgestellt, der Fehler lag auch hier nur in der Verzögerung. Viele von den Klagen, daß Händler oder Förderer die Möglichkeit besaßen hätten, viel verlannte Waren einzuführen, aber davon absehen mußten, weil die Zentraleinkaufsgesellschaft die Erlaubnis dazu verweigerte, erwiesen sich bei näherer Prüfung sehr häufig als unbillig. Oft waren die Bedingungen nicht annehmbar, nicht selten betrafen die Anträge den gleichen Warenposten. Vor allem sah sich die Zentraleinkaufsgesellschaft offenbar in Rücksicht auf die vorgeschriebene Einhaltung der Nationalierung außerstande, Importeuren das geforderte unbeschränkte Verfügungsrecht über die in Betracht kommenden Waren zuzubilligen. Soweit sich die Vorkommnisse beurteilen lassen, verschulden Ungeklärtheiten von Vertretern der Zentraleinkaufsgesellschaft bei der Abwicklung derartiger Geschäfte gar viele Beschwerden, die zu vermeiden gewesen wären. Das ergibt sich schon daraus, daß die mit Einfuhranträgen Abgewiesenen vielfach die Zusammenhänge nicht begriffen, was aber nicht lediglich auf ihre Begriffsstutzigkeit, sondern manchmal auf die Art ihrer Abfertigung zurückgeführt werden dürfte.

Zunächst müßte ihrer Regel befolgt werden, bei Anträgen auf Freigabe von Waren zur Einfuhr den Antragstellern zu erklären, daß die Gesellschaft bei angemessenen Preisen die Waren für die Gesamtheit zu übernehmen bereit sei, wenn die nachgeordneten Ausnahmen nicht gewährt werden können. Bei der Uebernahme so angestellter Waren könnte dem Antragsteller auf Wunsch die Durchführung des Geschäfts bis zur Ablieferung an die Organe der Gesellschaft gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung überlassen werden. Unwandelbare Grundsätze lassen sich für die vielfältigen Praxis nicht aufstellen, die Grundlinien sind jedoch dadurch gegeben, daß die neutralen Länder, soweit nicht Anführerverbote vorliegen, die Einfuhr wichtiger Produkte meist kontingentierten. In vielen Fällen wird die verfügbare Ausfuhrmenge anteilnehmend von der Zentraleinkaufsgesellschaft erfaßt. Nach Errichtung des Einfuhrmonopols stehen einer gelegentlichen Mitwirkung von Händlern unter den vorgefallenen Bedingungen keine großen Bedenken mehr entgegen, denn schließlich wirkt die Tatsache, daß die Vertretern der Zentraleinkaufsgesellschaft das letzte und entscheidende Wort über die Einfuhr-Erlaubnis zu sprechen haben, doch recht wirksam gegen Preistreiberien. Empfohlen würde sich übrigens den für kriegswirtschaftliche Organisationen tätigen Ankäufern, wenn sie gegen Provision arbeiten, die Provisionssätze bei fallenden Preisen zu erhöhen. Damit wird das Interesse an niedrigen Preisen wacherhalten, während die Einkäufer sonst an höheren Preisen schon deshalb interessiert zu sein pflegen, weil damit auch ihr Provisionseinkommen steigt.

Berlin, 20. Juni 1916. Julius Kallist.



Korrespondenzen.

Berlin, den 20. Juni. Logie hier eine kombinierte Verjam...

Seldpost-Mitteilungen.

Wien, 27. Juni 1916.
Berter Freund!
Ich danke Dir herzlich für die Aufmerksamkeit, die mir durch die Zusendung des Steinarbeiters zuteil wird.

Frankreich, den 27. Juni 1916.

Werte Freunde!
Beim Empfang des Arbeiter-Rotiz-Kalenders und dank für die Aufmerksamkeit Eurerzeit.

Russland, 23. Juni 1916.

Freder Steinarbeiter!
Wann wird Du endlich die lange Liste der Gefallenen abschließen?
Kamst auf Monat vertrieben - und noch immer kein Ende des unheimlichen Krieges abzusehen.

Einem mit mir ausgebildeten Kameraden auf. Nach einer Stunde zurückkehrend, fand ich das Bett leer, nur Mantel und Helm...

Rundschau.

Zu dem Briefel. Der Deutsche Buchdrucker-Verband...

Große Störungen im Baugewerbe?

In den bürgerlichen Tagesblättern wie auch in der Unternehmerr-Zeitung ist in den letzten Tagen eine Notiz erschienen...

Literarisches.

Die militärische und soziale Lage der italienischen Arbeiter in Deutschland. Ein Beitrag zur ausländischen Arbeiterfrage.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Mit der Erhöhung der Krankenunterstützung von 75 Pfg. auf 1 Mk. pro Tag von Montag, den 3. Juli ab verweisen wir noch...

Um Unannehmlichkeiten zu vermeiden und unnützes Porto zu sparen, sind die Verrechnungs-Cuttungen von den...

Quittung.

Vom 1. bis 30. Juni gingen bei der Hauptkasse folgende Gelder ein:
Burghausen 2.60, Weihen, Ins. 2.50, Guben, Ins. 2.-, Jena...

Briefkasten.

E. W. Osten. Vielen Dank für Deine Zusendung. Die andere Sache könnten wir auch noch erledigen.

Anzeigen

Granitsteinmetzen

steht bei hohem Lohn mit 10 Prozent Teuerungszulage für dauernd ein
Melissen-Zschellaor Granitwerk (Georg Wolf)
Melissen-Zschella 1. Sa.

Schießmeister und Speller

werden sofort eingestellt gegen hohen Stunden- oder Akkordlohn. Gute Unterkunft und Verpflegung wird am Orte auf Verlangen gewährt.

4 Steinmetzen auf Kunststein

bei 85 Pfg. Stundenlohn event. Akkord steht sofort ein
Betonmeister Kirchner, Kirchneubau
Grünberg in Schlesien.

Einige tücht. Steinmetzen

auf Marmor und Travertin gesucht
Marmorwerke Wandsbeck
Société anonyme de Morbes le Chateau.

Granitsteinsäger für Vollgatter und Trennsäge

bei freier Wohnung. Offerten sieht entgegen
Martin Peter, Porphyrtwerk, Baden-Baden.

Tüchtige Steinmetzen

finden sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienst.
Deutsche Travertin- u. Marmorwerke
Karl Teich
Langensalza 1. Thür.

Ein tüchtiger Steindreher

für dauernde Arbeit gesucht von
Marmorwerke Wandsbeck
Société anonyme de Morbes le Chateau.

Schmied perfekt auf Steinmetz-Werkzeuge

Geht. Angebote an O. Buchholz, Berlin, Köpenickerstr. 32.

Zu sofort oder später zwei Lehrlinge gesucht

zu solche, wo der Meister eingezogen oder schon gefallen ist und folglich nicht weiterlernen können.
G. Friedrichs, Grabsteingeschäft, Bollensen bei Ullmar.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:
Jakob Bassimilr, 28 Jahre alt, aus der Zählstelle Bärthelm.
Joseph Engelhardt, 26 Jahre alt, aus der Zählstelle Wandersader.

Gestorben.

(Auf dieser Rubrik werden nur diejenigen Todesfälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeleitet wurden.)
In Rayen am 14. Juni der Basaltsteindreher Norbert Münch, 35 Jahre alt, an Unfallsfolgen.
In Bunzlau am 28. Juni der Sandsteinmetz Richard Richter, 44 Jahre alt, an Tuberkulose.
In Deutmannsdorf am 29. Juni der Sandsteinmetz Walter Hille, 30 Jahre alt, an Kehlkopf- und Lungenkrankheit.